



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 07/2014

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können, der meine politische Arbeit für Sie bzw. Euch dokumentiert:

Erneuerbare-Energien-Gesetz

In dieser Woche haben wir im Bundestag in erster Lesung den Entwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) behandelt. Diesem ist ein intensiver Beratungsprozess von Bund und Ländern vorausgegangen, bei dem für Baden-Württemberg noch Verbesserungen bei der Windenergieerzeugung an Land erreicht worden sind. Das EEG soll den europarechts-konformen Rahmen schaffen, um den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern. Durch das Gesetz wird der künftige Ausbau der erneuerbaren Energien für alle Akteure der Energiewirtschaft planbarer, die Kostendynamik wird gebrochen und die erneuerbaren Energien werden besser in den Strommarkt integriert. Die Überförderung zu Lasten der Verbraucher wird gestoppt.

Ich will hier nochmals zwei wichtige Punkte aus der Rede von Sigmar Gabriel hervorheben;

1. Der Ausbaupfad für Windenergie und Photovoltaik wird nicht verringert, wie von den Kritikern immer wieder behauptet wird, sondern verstetigt. Von einem Ausbremsen der Energiewende kann also keine Rede sein. Bei der Photovoltaik bleibt er, wie bisher, bei der Windenergie legen wir mit 2,5 Gigawatt den höchsten Wert fest, der in den vergangenen zehn Jahren nur ein einziges Mal erreicht worden ist.
2. Wir werden in einem zusätzlichen Gesetz die kleineren Energiegenossenschaften und Bürgerwindparks stützen und damit die Energieerzeugung in Bürgerhand absichern.

Einige Fakten zum EEG sind auch auf den Homepages der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD zusammengestellt:

<http://www.spdfraktion.de/themen/neustart-der-energiewende>

https://www.spd.de/regierung/112512/regierung_infrastruktur_energie.html

Fraktionsoffener Abend zum transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP

Das TTIP ist derzeit in der öffentlichen Diskussion heiß umstritten. Das Transatlantische Handelsabkommen (TTIP) bietet Chancen für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Ausgleich. Gleichzeitig birgt es auch Herausforderungen. Klar ist: Mit der SPD wird es nur ein Abkommen geben, das transparent verhandelt wurde und welches europäische Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards schützt. Ich bin sehr skeptisch, ob die USA dies akzeptieren und halte es für eher unwahrscheinlich, dass es ein Abkommen geben wird.

Das Abkommen steht unter dem Zustimmungsvorbehalt des Europäischen Parlaments, des Rates und aller Voraussicht nach auch der 28 nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten. Dies zeigt: Ein TTIP, das die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht berücksichtigt, wird es nicht geben. Weitere Informationen zum TTIP sind hier zu finden:

<http://www.spd.de/aktuelles/TTIP/>

Besuch im Ionosphäreninstitut Rheinhausen

Bereits am 2. Mai besuchte ich das Ionosphäreninstitut in Rheinhausen. Zu diesem Besuch war extra der Präsident des Bundesnachrichtendienstes angereist. Im Rahmen einer zweieinhalbstündigen Führung erklärte mir die Institutsleitung die Tätigkeiten des Institutes. Da es in der Bevölkerung teilweise abstruse Theorien gibt was im Institut getan wird, war mir wichtig, dass zumindest ich als Volksvertreter einen Einblick erhalte. Nun bin ich überzeugt, dass dort wichtige Tätigkeiten geschehen, die die Sicherheit der Bundesbürger erhöhen. Ausgeschlossen werden können absurde Gerüchte wie Waffenlagerungen oder die Lenkung von Drohneneinsätzen. Auch gehe ich davon aus, dass kein deutscher E-Mailverkehr und keine deutschen Kommunikationsleitungen angezapft und abgehört werden. Vielmehr traf ich viele freundliche und kompetente Mitarbeiter, die bemüht sind, Tätigkeiten zum Schutz der deutschen Bevölkerung zu verrichten.

Wirtschaftsjunior im Berliner Bundestagsbüro



Jonas Dietzel, Architekt bei den Straub-Architekten in Sasbach bei Achern, nahm in der Woche vom 5. Bis 9. Mai am Programm der Wirtschaftsjunioren in Deutschen Bundestag teil und hospitierte in meinem Berliner Büro. Das Programm will jungen Nachwuchskräften aus der Wirtschaft die politische Arbeit von Parlament und Regierung näher bringen und das gegenseitige Verständnis von Wirtschaft und Politik fördern. Mehr zum Programm auch unter <https://www.wjd.de>

Vorschau: Gespräche zur Ortsumfahrung Winden im Elztal

In der kommenden Sitzungswoche, am 20. Mai, werden Regierungspräsidentin Schweizer, Frau Schmieder von der Bürgerinitiative Pro Ortsumfahrung Winden, Bürgermeister Bieniger, Winden, und Bürgermeister Tibi, Elzach, zu Gesprächen mit dem Verkehrsministerium und – auf meine Einladung - mit dem Verkehrsausschussvorsitzenden des Bundestages nach Berlin kommen.

Außerdem werde ich gleich zwei Bundestagsreden halten, nämlich zur Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft und zur gesetzlichen Begrenzung von Dispo-Zinsen.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB